

Mandatskommission durch jährliche Einsendung eines Berichts, zur Kenntnisnahme, honoriert.

Soll man, wenn dem Wesen des Mandats so Hohn gesprochen wird, noch wagen, an den Sinn des Mandatsplans zu denken? Dieser Sinn ist das vollkommene Gegenteil alles dessen, was die britische Reichskonferenznote an den Völkerbund enthält: Das Mandat müßte Vorbild werden für die Kolonien, nicht, wie es England will, die Kolonien für die Mandate. Wir haben hier die gleiche Lage wie bei der Abrüstung. Daß ein Staat mit ihr den Anfang macht, kann, wenn man von dem albernsten Kriegspsychosengeschrei einmal absieht, nur den einen Sinn haben, daß mit diesem Anfang die Probe auf die Durchführbarkeit der Abrüstung gemacht wird. Sobald diese Probe beendet und gelungen ist, kann kein anderer Staat mehr die Abrüstung mit der Behauptung verweigern, sie sei technisch undurchführbar; er kann von jetzt an nur noch aus bösem Willen gerüstet bleiben. So beim Kolonialmandat. Und genau in demselben Grad, mit dem die Mächte auf Grund des Versailler Vertrags die Abrüstung Deutschlands gefordert, erzwungen, bis ins einzelne nachgeprüft haben, müssen sie, wenn sie nicht höchst illoyal handeln wollen, die Mandatsverwaltung als eine Probe neuen Staatsgeistes, als endgültige Absage an das Aufteilungs-, Ausbeutungs- und Verschacherungssystem der alten

Kolonialpolitik mit allen Mitteln durchzusetzen und zu fördern suchen, und wenn die Probe gelingt, müssen alle Kolonien zu Mandaten werden.

Die Reichskonferenznote hat es für den Völkerbund unmöglich gemacht, einer klaren Stellungnahme zu diesen Fragen noch weiter auszuweichen. Hoffentlich wird seine Entscheidung, die hier allein an die echten Mandate, die mittelafrikanischen, denken sollte, nicht verwirrt durch die Rücksicht auf Südafrika und durch französische Velleitäten wegen des Syrienmandats. Wenn die Genfer Prüfung der Sache auf den Grund gehen will, muß sie ihr Augenmerk scharf auf das größte Mandatsgebiet, auf das alte Deutschostafrika, richten. Dann wird sie auch die eigentümlichen Bildungen beachten, die in der unmittelbaren Nachbarschaft dieses Mandatsgebietes, in Britisch-Ostafrika, in Kenya, vor sich gehen, wo Ende Dezember 1926 die Siedlerpartei, die unter der Führung Lord Delameres steht und von jeher eine möglichst enge Vereinigung aller ostafrikanischen Gebiete mit unbestrittener Vorherrschaft der britischen Plantagenbesitzer angestrebt hat, mit einem Wahlmanifest für den demnächst neu zu wählenden Kolonialrat in Kenya hervorgetreten ist und sich als Afrikanderpartei mit dem Plan einer ostafrikanischen Union zeigt, die von Uganda und Kenya im Norden bis Nyasaland im Süden reicht, und auch die beiden Rhodesia an sich ziehen will.

Das wird künftigen Reichskonferenzen Arbeit verschaffen!

DIE REORGANISATION VON LANCASHIRE ¹⁾

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Vor wenigen Wochen hat die Federation of Master Cotton Spinners den falschen Notbehelf der Kurzarbeit endgültig fallen gelassen. Wenn ich ihr Vorgehen recht deute, so tat sie dies nicht, um sich den Mächten der Planlosigkeit und der schonungslosen Konkurrenz auszuliefern, sondern um den Boden zu bereiten für einen wirkungsvolleren Plan der Zusammenarbeit. Welche dieser Möglichkeiten tatsächlich eintreten wird, das hängt, wenn man die praktische Politik des Industriezweiges betrachtet, davon ab, ob die Master Cotton Spinners von Lancashire Gemeingeist genug haben, um die noch unfertige Cotton Yarn Association zum Leben zu erwecken. Die Artikel dieser Vereinigung sind umfassend genug, um als Rahmen für eine wirkliche Umbildung im Sinne einer modernen „Rationalisierung“ zu dienen und viele langbegehrte Reformen zustande zu bringen, deren Notwendigkeit keiner bestreitet, die jedoch von einzelnen, für sich handelnden Personen nicht durchgeführt werden können. Die Vereinigung hat bereits die eine Hälfte des Industriezweiges hinter sich. Die aktiveren Elemente setzen ihre Hoffnung auf sie. Kommt sie nicht zustande, so wird keiner den Mut haben, irgend

etwas anderes zu beginnen. Es steht uns dann eine lange bittere Zeit der Betriebsverluste und Konkurse bevor, die niemanden unberührt lassen wird, zunächst vielleicht gemildert, auf die lange Sicht aber wahrscheinlich verschärft durch die zeitweilige Belebung der Nachfrage auf Grund der ungewöhnlich niedrigen Baumwollpreise.

Der Plan einer Cotton Yarn Association ist jetzt etwa sechs Monate lang von einem Komitee, dem etwa zwei Drittel der amerikanischen Abteilung des Spinnereigewerbes angehören, diskutiert und ausgestaltet worden. Es wird geschätzt, daß die Zahl der Spindeln, die amerikanisches Garn für Verkaufszwecke herstellen (also ausschließlich derjenigen, die Baumwolle aus anderen Bezugsländern verarbeiten, oder Spezialartikel herstellen oder Garn für den Gebrauch angeschlossener Unternehmergruppen liefern), etwa 28 Mill. beträgt. Bis zum vorigen August hatten sich 233 Gesellschaften, die über 70 % dieser Gesamtzahl verfügen und 93 % derjenigen Zahl darstellen, die auf ein Rundschreiben antwortete, im Prinzip mit der vorgeschlagenen Vereinigung einverstanden erklärt. Auf diesen anfänglichen Erfolg folgte jedoch eine Enttäuschung. Die promoters der Vereinigung, die die Form einer Kapitalgesellschaft mit Inhaberaktien (limited company with share capital) annehmen wird, erachteten die Beteiligung von 70 % des Industriezweiges als notwendig für ein erfolgreiches Wirken. Doch kam nur etwa ein Drittel der ersten Aufforderung zur Subskription nach. Die Zahl derjenigen, die den

¹⁾ Der erste Aufsatz von Keynes über „Die Lage des Lancashire Baumwollgewerbes“, veröffentlicht im Heft 45 des „Wirtschaftsdienst“ vom 12. November 1926, fand ungewöhnliche Beachtung innerhalb des Gewerbes. Keynes wurde zu einer Besprechung mit den Master Cotton Spinners nach Manchester geladen; später besuchte ihn eine Abordnung der Cotton Yarn Association in London. Der vorliegende Artikel ist das Ergebnis dieser Besprechungen.

Plan unterstützten, wuchs jedoch in den letzten Wochen beständig, bis nahezu 15 Mill. Spindeln oder etwa die Hälfte des Gewerbes, drinnen waren. Bevor die Vereinigung in Tätigkeit treten kann, bleibt noch der Widerstand, oder was wahrscheinlicher ist, die Regungslosigkeit der Gesellschaften zu überwinden, die über weitere 5 Mill. Spindeln verfügen.

Die Befugnisse der Vereinigung sind weitgehende; ihre Aufgaben sind bis jetzt nicht sehr präzise formuliert worden. Sie wird viel oder wenig ausrichten, je nach dem Geist, in dem sie geleitet und unterstützt wird. Bevor ich die Aufgaben, die sie erfüllen kann, aneinander reihe, werde ich gut daran tun, die Grundzüge des Problems, so wie sie sich in den jüngsten Besprechungen mit den Leitern des Industriezweiges dargestellt haben, noch einmal darzulegen.

1. Aus verschiedenen Gründen, von denen einige vielleicht vermeidbar, andere zweifellos unvermeidbar waren, hat Lancashire in der Nachkriegszeit eine verminderte Wettbewerbsfähigkeit und verengte Märkte für seine amerikanischen Baumwollwaren vorgefunden. Weder über die Verengung der Märkte, noch über den Grad dieser Verengung besteht Streit. Ebensowenig erwartet eine der verantwortlichen Persönlichkeiten, daß, abgesehen von vorübergehenden Aufwärtsbewegungen, irgendein Ereignis der nächsten Zukunft, es sei denn ein Wunder, die Nachfrage wieder auf die Vorkriegshöhe bringen kann. Es findet sich gelegentlich ein Streitgeist, der, in die Enge getrieben, dies leugnet. Aber das ist nicht die Ansicht der Industrie selber. Die Spinner wissen, daß weder eigene Anstrengungen noch bleibende Veränderungen der äußeren Umstände, die überdies so gut wie unwahrscheinlich sind, sie in den Stand setzen werden, in den nächsten drei Jahren 50 % mehr Garn mit Gewinn zu verkaufen, als es in den letzten drei Jahren möglich gewesen ist.

2. Die Industrie steht, wie im Augenblick so viele unserer Exportindustrien, vor dem Problem der Übererzeugung. Die Unzuträglichkeiten haben viele Ursachen, aber die Haupttatsache war zweifellos die Wiedereinführung der Goldwährung. Es war leicht, vorauszusagen, daß diese Maßnahme eine von zwei möglichen Folgen auslösen würde: Entweder einen Kampf um die Verminderung der Unkosten, und zwar zum Teil der Löhne in dem Industriezweig selber, zum Teil der Lasten seitens anderer Industriezweige, oder ein Verschwinden der Betriebsgewinne, dem gegebenenfalls eine Anpassung der Erzeugung an den verringerten Absatz folgen würde. Es war jedoch nicht leicht zu sagen, welche der beiden möglichen Folgen überwiegen würde. Die Kohlenindustrie hat bisher den ersten Weg gewählt, wird aber wahrscheinlich später auf den zweiten gedrängt werden. Die Baumwollindustrie andererseits hat den zweiten Weg gewählt: Sie arbeitet ohne Gewinne und tastet sich in der Richtung einer Anpassung der Erzeugung vorwärts.

3. Die Spinner von Lancashire, soweit sie amerikanische Baumwolle verarbeiten, sind besonders wehrlos im Kampf mit der Überproduktion gewesen. Die große Anzahl von unabhängigen Betrieben (eigene 330 einzelne Firmen innerhalb eines kleinen Bezirks), eine lange Tradition, erfüllt von Konkurrenz, Geheimtuerlei und Abneigung gegen Zusammenarbeit, schwere Generalkosten, die fortlaufen, mögen die Fabriken in Betrieb sein oder

nicht, diese und andere Faktoren haben es dahin gebracht, daß die Spinner am meisten unter Verhältnissen litten, die alle Zweige des Gewerbes gleichmäßig geschädigt haben. Aus früheren Erfahrungen kannten sie nur einen Ausweg, den der Kurzarbeit, so wie er von einem Komitee der Federation of Master Cotton Spinners, das von Zeit zu Zeit in geheimer Wahl von deren Mitgliedern gewählt wurde, empfohlen worden war. Fünf unheilvolle Jahre lang ist dies Heilmittel vergebens erprobt worden. Mitte Dezember wurde es aufgegeben.

Da der Gedanke, die Produktion zu drosseln, nicht grundlegend verkehrt war (wie einige Kritiker, zu denen ich nicht gehöre, zu glauben scheinen), wird es nützlich sein zu erörtern, warum die Politik der Kurzarbeit so gründlich zusammengebrochen ist. Die Gründe waren unzweifelhaft die folgenden: Erstens: Beschritt Fabrik A den Weg der Kurzarbeit, so minderte dies ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Fabrik B; da keine Strafen festgesetzt worden waren für den Fall, daß Fabrik B sich diesen Tatbestand zunutze machte und länger arbeitete als die empfohlene Stundenzahl, so hat sich diese Versuchung zur Unredlichkeit bei vielen Spinnern als unwehlerlich erwiesen. Zweitens hat das Komitee für Kurzarbeit völlig ohne angemessene statistische Unterlagen gearbeitet; seine eigenen Wähler haben ihm die notwendigen Informationen, besonders bezüglich ihres Auftragsbestandes, vorenthalten, so daß das Komitee, im Unklaren über die unmittelbaren Geschäftsaussichten, stets in seinen Ansichten um einige Wochen zurück war und seine Anordnungen über die Zahl der zulässigen Arbeitsstunden häufig ohne Fühlung mit der wirklichen Lage traf, bald in dieser, bald in jener Richtung fehlgreifend; das Ergebnis war eine Unzuträglichkeit, die es selbst denen, die gerne redlich gewesen wären, schwer machte, redlich zu sein. Dieser Zustand, daß dem Komitee für Kurzarbeit von seinen eigenen Wählern wichtige und selbst unbedingt notwendige Informationen vorenthalten wurden, ist bis zu einem Punkt getrieben worden, der einem amerikanischen oder einem deutschen Geschäftsmann ungläubhaft scheinen würde. Die Geheimtuerlei, wie sie von unserer Geschäftswelt, von der Bank von England abwärts, geübt wird, würde bei einem Verbrecher, der dem Arm der Gerechtigkeit zu entinnen sucht, als ungewöhnlich gelten müssen; sie ist, tatsächlich, eine Hauptursache unserer Unterlegenheit. Drittens ist der amerikanische Zweig des Gewerbes in sich sehr vielgestaltig und umschließt viele Sonderzweige, die nicht alle zu dem gleichen Termin gleiche Auftragsbestände und gleiche Aussichten haben. Aber die Politik der Kurzarbeit, wie sie bisher getrieben wurde, nahm auf diese Ungleichheiten keine Rücksicht; sie schrieb gleichmäßig für alle Fabriken einheitliche Arbeitsstunden vor, die für einige Abteilungen übertrieben hoch gewesen sein mögen, für andere aber zweifellos unangemessen niedrig waren. Viertens hat die Kurzarbeit, gedacht als ein Hilfsmittel zur Behebung eines vorübergehenden Notstandes, durchaus nicht eine Anpassung des Grades oder der Richtung der Produktionskosten an die bleibend geänderten Umstände mit sich gebracht. Sie führt zu nichts — es sei denn zu langsamem Verbluten.

4. Im Laufe der Zeit hat die Krankheit der Übererzeugung zu einer Komplikation geführt, die schlimmer ist als die Krankheit selber: nämlich zur finanziellen Erschöpfung. Der übertriebene Konkurrenzkampf, das

Ergebnis der Überproduktion, hat in vielen Fällen die Höhe der Betriebsgewinne unter die der Zinslasten und sonstigen unumgänglichen Ausgaben gedrückt. Die so entstandenen Verluste sind aus Bankkrediten und sonstigen Quellen gedeckt worden, die eigentlich nur für den Zweck der laufenden Versorgung mit Betriebskapital in Anspruch genommen werden sollten. Die Folge ist, daß die Kreditfähigkeit der Industrie von den zu deckenden Verlusten aufgezehrt worden ist und für neue Geschäfte nicht mehr zur Verfügung steht. Ein großer Teil der Industrie hat seine Betriebsmittelfonds verloren und ist derart überschuldet, daß kein Weg, sie wieder aufzufüllen, in Sicht ist. Kurz, die Industrie als ein Ganzes befindet sich in einer derartig beängstigenden Geldklemme, daß die Pest der Notverkäufe notwendig das Ergebnis sein muß. Es gibt immer Spinner, die am Ende der Woche kein Geld auf der Bank haben, wohl aber einen Saldo zu ihren Lasten, die also von der Hand in den Mund leben; es ist ihnen unmöglich, einen Warenvorrat selbst einige wenige Tage durchzuhalten; sie müssen nehmen, was sich ihnen gerade bietet. Ist die Übererzeugung erst so weit getrieben, daß sie den normalen Gewinn vernichtet, da sie es ratsam macht, jeden Preis zu nehmen, der besser ist als die Stilllegung, so führt das System der Notverkäufe schnell zum letzten Akt und diktiert Preise, die schlimmer sind als die Stilllegung. Diese niedrigen Preise führen auch nicht zu einer Erholung der Märkte, denn Konzessionen, unter diesen Umständen gemacht, pflegen von anderen Faktoren aufgezehrt zu werden. Überdies ermutigen sie das kurzfristige Sicheindecken, da der Käufer nur so den vollen Vorteil aus der bedrängten Lage des Verkäufers wahrnehmen kann. Alle Spinner, die ich getroffen habe, waren einer Meinung darüber, daß diese Zwangsverkäufe seitens finanziell bedrängter Fabriken die Ursache sind für den schließlichen Blutverlust, den keiner ertragen und überleben kann. Selbst die bestgelegenen Betriebe können keinen Vorteil daraus ziehen. Dies wird ebensowenig der Fall sein, wenn die schlechter gelegenen den Konkurs anmelden, denn die Spindeln gehen ja nur nach erheblichen Abschreibungen in andere Hände über. Hier liegt ein Fall vor, wo Zusammenarbeit im Interesse jeder Einheit des Gewerbes liegt.

Die Industrie hat also drei Aufgaben vor sich, und zwar sind es, angeordnet nach dem Gesichtspunkt der zeitlichen Dringlichkeit, wenn auch vielleicht nicht nach dem der letzten Wichtigkeit, diese: Ausschaltung der Notverkäufer und Auffüllung der Betriebsmittelfonds; Anpassung der Erzeugung an die gegenwärtige und späterhin mögliche Nachfrage; Durchführung planvoller Ersparnis- und Verbesserungsmaßnahmen, die späterhin zu einer Behauptung und vielleicht zu einer Ausweitung der Absatzmärkte führen können. Ich glaube, daß dies die richtige Reihenfolge der Ereignisse ist und daß die Industrie im Recht ist, wenn sie sich im Augenblick mehr um die Ausweitung der Gewinnmarge als um die Ausweitung der Märkte kümmert. Märkte können nicht durch Verlustverkäufe ausgeweitet werden, sondern nur dadurch, daß man in Stande ist, zu vernünftigen, gewinnbringenden Preisen zu verkaufen.

Wir können jetzt zu der in Vorschlag gebrachten Cotton Yarn Association zurückkehren. Auf welche Weise kann diese Vereinigung den Spinnern helfen?

Keiner kann sagen, daß ein ganz neues Experiment erfolgreich sein wird. Aber die Vereinigung wird, nach meiner Meinung, ausreichende Machtbefugnisse haben, um zu tun, was notwendig ist, wenn sie in der richtigen Weise genutzt werden. Ihre Grundzüge, von allen Details befreit, sind die folgenden:

1. Die Mitglieder werden verpflichtet werden, die Anordnungen der Vereinigung zu befolgen, wenn sie Strafen sowohl finanzieller als auch persönlicher Art vermeiden wollen.

2. Die Mitglieder werden dafür sorgen, der Vereinigung rechtzeitig vollständige Statistiken, einschließlich der Abschrift jedes gebuchten Abschlusses, zu liefern.

3. Die Vereinigung wird einen Mindestpreis festsetzen, unter dem die Mitglieder nicht verkaufen dürfen, und zwar für jede Garntype gesondert nach dem in Lancashire heimischen System der Abschläge oder Zuschläge zu den Richtpreisen. Es ist noch nicht klar, ob dieser Mindestpreis so festgesetzt werden soll, daß er einer normalen Fabrik einen normalen Profit läßt, oder ob er gedacht ist als eine Schutzmaßnahme. Im ersten Falle würde sich wahrscheinlich ergeben, daß die Grundpreise sowohl die untere als auch die obere Preisgrenze darstellen; es würde sich ein gebrauchsfertiges System der Preisfixierung ergeben. Es scheint mir sehr wichtig, daß die zweite Form gewählt wird, so daß Platz bleibt für den normalen Konkurrenzkampf; das heißt: Die untere Preisgrenze der Vereinigung sollte nicht im Hinblick auf den billigen, konkurrenzfähigen Produzenten, sondern nur im Hinblick auf den Notverkäufer festgesetzt werden. Es sollte eine Preisgrenze sein, die absichtlich zu unterbieten niemandem lohnend scheinen würde.

4. Die Vereinigung wird, auf Grund des gesammelten statistischen Materials, gesonderte Erzeugungsquoten für jeden Sonderzweig des Gewerbes festsetzen. Wie in dem Falle der Preise, sollten diese Quoten nicht unter die Grenze dessen sinken, was einigen der stärkeren Spinner vernünftigerweise als wünschenswert erscheint, sondern sie sollten eine Schutzmaßnahme sein, mit dem Ziel, eine, im Licht des gesammelten statistischen Materials gesehen, offensichtlich sinnlose Überspannung der Produktion über das Maß dessen, was der Markt zu angemessenen, die Kosten deckenden Preisen aufnehmen kann, zu vermeiden. Es ist wünschenswert, daß, im Hinblick auf die Konzentration der Produktion, die Übertragbarkeit der Quoten zugelassen wird und daß eine Überschreitung der Quoten gegen Zahlung einer mäßigen Buße gestattet wird.

5. Die Vereinigung, die ein Anfangskapital von nicht weniger als 200 000 £ haben wird (nämlich 1 £ je 100 Spindeln), wird ermächtigt werden, Anleihen aufzunehmen. Dieses Gebiet ihres möglichen Betätigungsfeldes wird in dem ursprünglichen Prospekt nicht näher umrissen. Ich sehe hier jedoch eine unschätzbare Gelegenheit — ich muß mir an dieser Stelle versagen, meine Gedanken ausführlicher zu entwickeln —, den Plan eines genossenschaftlichen Kreditsystems herauszuarbeiten, durch den das erste Gebot, neues Betriebskapital für die Industrie zu finden, erfüllt werden kann. Überdies, wenn es die Vereinigung bewerkstelligen könnte, mit ausreichenden Sicherungen Garnbestände, bewertet nach dem festgesetzten Mindestpreis, zu beleihen, so wäre dies der wirksamste Schutz gegen preisdrückende Zwangsver-

käufe und gegen erzwungene Umgehungen dieser unteren Preisgrenze.

6. Die Vereinigung wird ermächtigt werden, ein Auskunftsbureau einzurichten, das die Anfragen der Spinner bezüglich des „standing“ und der Vertragsabschlüsse der Weiterverarbeiter, Garnagenten und Händler beantworten wird, ferner Vertragstypen herauszuarbeiten, die den Spinner in dem Maße schützen, wie die jetzt üblichen ihn nicht schützen, mit anderen und besser organisierten Industriezweigen in Verhandlungen zu treten, die Märkte und die Anforderungen des Auslandes zu studieren, und überhaupt dazu beizutragen, eine gesunde und leistungsfähige Industrie zu schaffen.

Stellt eine solche Vereinigung nicht eine konstruktive Leistung dar, im Einklang mit dem Geist unserer Zeit, die zum mindesten eines Versuches seitens sonst Rettungsloser wert wäre? Kann irgendein Spinner einen ausreichenden Grund vorbringen, draußen zu bleiben? Ich kann einen solchen Grund nicht sehen. Die Vereinigung wird Befugnisse und Befähigungen haben, das zu leisten, was an der aufgegebenen Politik der Kurzarbeit vernünftig war und die Unzuträglichkeiten zu vermeiden, die mit dem alten Komitee für Kurzarbeit verbunden waren. Sie wird praktisch alle Befugnisse eines typischen kontinentalen Kartells haben. Es mag sein, daß Verschmelzung zu größeren Einheiten notwendig sein wird, um einen vollen Erfolg herbeizuführen. Aber die Vereinigung wird den Rahmen abgeben, innerhalb dessen diese Einheiten allmählich herausgebil-

det werden können. Es sind ihr schon drei Viertel der notwendigen Unterstützung sicher. Jeder Spinner, der jetzt noch draußen ist, sollte sich ernsthaft fragen, warum er dies tut.

Ich weise darauf hin, daß die Vereinigung die rückhaltlose Billigung und die tätige Unterstützung der Kreise verdient, die an dem Wohlergehen von Lancashire interessiert sind, besonders der Banken. Was haben die Banken bisher getan, um zur Lösung der Krisis beizutragen? Durchaus nichts, soweit ich hören kann. Ihr wichtigstes Anliegen scheint darin bestanden zu haben, mit Hilfe ihrer Spezialkenntnisse und ihrer Stellung dafür zu sorgen, daß sie besser abschneiden als irgendein anderer, wenn der Konkurs droht und der Zusammenbruch kommt. Es hat ihnen mehr daran gelegen, Pfänder gegen ihre Vorschüsse zu bekommen, als darüber zu wachen, daß diese Vorschüsse für ihre eigentlichen Zwecke der Finanzierung des laufenden Geschäfts und nicht bloß zur Verlustdeckung Verwendung fanden. Es ist möglich, daß die Banken hierauf entgegnet werden; ich wüßte freilich nicht, was sie vorbringen könnten. Denn sie scheinen eine Art von Taubstummen zu sein. Wenn sie nur hören könnten, was gesprochen wird und eine verständige Antwort geben! Vielleicht können sie es doch. Und wenn: hier ist eine Gelegenheit. Wenn sie ihren machtvollen Einfluß zugunsten der Vereinigung einsetzen, wird sie sicher vom Stapel gelassen werden und ein neues Kapitel beginnen.

DER BRASILIANISCHE STABILISIERUNGSPLAN

Von Dr. Walter Schück (Rio de Janeiro)

Am 31. Januar 1926 hatte ich geschrieben: ¹⁾ „Denkt Brasilien daran, seine Währung auf der Basis von 6 d zu stabilisieren, so braucht es, um sie auch nur zu 33 1/3 % in Gold zu decken, noch 10 Mill. £ mehr als es gegenwärtig sein eigen nennt“. Durch diese Erklärung hatte ich mich, unter Zugrundelegung eines Papiergeldumlaufes im Augenblick der Stabilisierung von 2,6 Mill. Contos de Réis, gegen die Möglichkeit einer Stabilisierung über 6 d und ohne Auslandshilfe ausgesprochen, wie sie damals und noch lange nachher propagiert wurde. Fast ein Jahr später, am 3. Dezember 1926, legte der Führer der Regierungsmehrheit in der brasilianischen Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vor, der, unter Zugrundelegung eines Gesamtumlaufes von 2,569 Mill. Contos de Réis die Stabilisierung eben auf der 6-d-Basis vorsieht. Gleichzeitig wird bekannt, daß Brasilien in Kürze in England oder den U. S. A. eine Stabilisierungsanleihe von 20 Mill. £ bzw. 100 Mill. \$ U. S. A. erhalten wird. —

Überraschender, als das Eintreffen einer, allgemein bekannte Wirtschaftsdaten richtig deutenden Voraussage, ist die Tatsache, daß Brasilien seit Januar 1926 nicht nur eine 10-Mill.-£-Kaffeewertierungsanleihe, sondern eine weitere 60-Mill.-\$-U.-S.-A.-Anleihe erhielt und heute verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten zu überwinden hat, um neue 20 Mill. £ aufzunehmen. Allerdings werden die Anleihebedingungen stets drückender: erbrachte doch die 6 1/2 % ige 60-Mill.-\$-An-

leihe nur 84 für 100 \$ nominal. Unter diesen Umständen wird auch die neue Anleihe nicht mehr als 17 Mill. £ bringen.

Dieses Anleihertragnis soll nun zusammen mit den Goldbeständen der Banco do Brasil (11 508 375 £) die Basis für die Umstellung der brasilianischen Währung auf Gold bilden. Außerdem sollen dem Goldfonds die Überschüsse des Bundeshaushalts zufließen — aber es besteht keine Aussicht, daß von dieser Bestimmung in absehbarer Zeit praktischer Gebrauch wird gemacht werden können. Leider ist überhaupt die Erkenntnis, daß eine defizitlose Staatswirtschaft bzw. die sofortige Fundierung etwaiger Defizits von ausschlaggebender Bedeutung für die Durchführungsmöglichkeiten der Währungsstabilisierung ist, in der Diskussion über die Währungsreform nur selten anzutreffen. Allerdings machen die brasilianischen Regierungen von den Möglichkeiten der Fundierung von Budgetdefizits ausgiebig Gebrauch: der Markt ist mit Titeln der Inneren Schuld (Apolices) überfüllt und die 60-Mill.-\$-Anleihe diente fast restlos der Abdeckung der schwebenden Schuld der Bundesregierung bei dem Banco do Brasil. Und trotzdem schließt der Haushalt des brasilianischen Bundes noch alljährlich ab mit einem erheblichen Fehlbetrag in Gestalt schwebender Schulden bei Banken und Lieferanten. Diese Tatsache ist nur dadurch erklärlich, daß erhebliche Kredite gegen den Widerspruch der Rechnungskammer (Tribunal de Contas) „unter Protest“ registriert werden. Ein notwendiger Schritt zur Herbeiführung des

¹⁾ Vgl. Heft 9 des „W.-D.“ vom 26. Februar 1926.